



Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet - 01.12.2023

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,
Liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

eine weitere Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im verschneiten Berlin geht zu Ende, und ich befinde mich wieder auf dem Rückweg in unsere Löwenstadt. Die Entscheidung unseres höchsten deutschen Gerichts vom 15. November wirkt sich nicht nur erheblich auf die finanzielle Planung des Bundes und etlicher Länder aus, sondern beeinflusst auch den Ablauf der parlamentarischen Arbeit der vergangenen Tage. Ursprünglich war nämlich für diese Woche geplant, den Bundeshaushalt für das Jahr 2024 zu verabschieden. Nach eingehender Prüfung des Gerichtsurteils sowie einer öffentlichen Anhörung im federführenden Haushaltsausschuss haben wir jedoch aus guten Gründen beschlossen, die abschließende Haushaltswoche zu verschieben.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass Kredite, mit denen der Staat im Falle einer sog. "Haushaltsnotlage" die Folgen einer Krise abzumildern versucht, jedes Jahr neu beschlossen werden müssen. Diese Vorgabe setzen wir für das laufende Haushaltsjahr mit einem Nachtragshaushalt 2023 um, den die Bundesregierung heute ins Parlament eingebracht hat. Dabei soll diesjährig erneut die Ausnahme von der Schuldenbremse beschlossen werden, wie es das Grundgesetz für den Fall einer außergewöhnlichen Notsituation ermöglicht.

Im nächsten Schritt werden wir auch den Haushalt für das nächste Jahr 2024 im Lichte der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts überarbeiten. Dabei zeigt sich aktuell noch eine Finanzierungslücke von 17 Mrd. Euro. Vor diesem Hintergrund kann nicht von einer "Haushaltskrise" die Rede sein. Im Lichte dieser Umstände sind wir alle nun aufgefordert, eine finanziell und verfassungsrechtlich tragfähige Grundlage zu schaffen, um die großen Herausforderungen - mit denen sich unser Land aktuell konfrontiert sieht - zu bewältigen!

Dabei geht es darum, Wirtschaft und Industrie zu modernisieren und zukunftsfähig aufzustellen, um den industriellen Transformationsprozeß aktiv zu gestalten und unseren Wohlstand sowie unzählige Arbeitsplätze auch für morgen zu sichern. Bei diesem Prozeß, der von uns allen einiges abverlagen wird, gilt es mit Entschlusskraft, Mut und Zuversicht voran zu schreiten und dabei den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu bewahren und zu stärken.



01. Dezember | Welt-Aids-Tag

Bevor ich mit dem Bericht über die politischen Debatten in **Berlin** fortfahre, will ich an dieser Stelle auf den heutigen **Welt-Aids-Tag** aufmerksam machen. Dieser wird seit 1988 **jedes Jahr am 1. Dezember** begangen. Mittlerweile können dank der **Forschung** Menschen mit **HIV** normal leben, und der Ausbruch von **AIDS** lässt sich verhindern. Unter Therapie ist **HIV** auch nicht mehr übertragbar.

Es ist inakzeptabel, dass Menschen mit HIV auch heute noch **Diskriminierung, Benachteiligung und Ausgrenzung** erfahren, die auf Vorurteilen und Unwissenheit unserer Gesellschaft beruhen.

Auch unsere **Löwenstadt** hat heute **Schleife** gezeigt und ein Zeichen gegen **Diskriminierung** gesetzt! Falls ihr die heutige Straßensammlung am **Kohlmarkt** verpasst haben solltet, könnt ihr Morgen (Samstag, dem 02.12.) um **13:00 Uhr** ins **Eintracht-Stadion** in **Braunschweig** gehen. Hier wird es wieder einen **Infostand** und **Spendensammlung** beim Heimspiel unserer Eintracht Braunschweig gegen Greuther Fürth geben.

Lasst uns dabei gemeinsam ein Zeichen setzen, damit die **Diskriminierung** von **HIV-Positiven** endlich der Vergangenheit angehört!



Botschaften der Woche

Rückführungen verbessern | Staatsangehörigkeitsrecht reformieren

Am **Donnerstag** haben wir zwei wichtige Gesetze in **1. Lesung** beraten: das Gesetz zur **Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts** sowie das **Rückführungsverbesserungsgesetz**.

Mit letzterem Gesetz schaffen wir einen besseren Rahmen für Rückführungen für Personen ohne Bleiberecht. Außerdem soll die **Ausweisung** von **Schleuser:innen**

sowie von Angehörigen von Strukturen der **organisierten Kriminalität** erleichtert werden.

Das Gesetz zur **Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts** soll auf der anderen Seite sicherstellen, dass hier lebende Menschen schneller und unbürokratischer eingebürgert und somit als vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft integriert werden.

Als **Einwanderungsland** werden wir künftig den Spagat zwischen klaren Regeln beim Bleiberecht und einer **Förderung erfolgreicher Integration** gestalten.



Günstigeres Deutschlandticket für Studierende kommt!

Es gibt gute Neuigkeiten! Das günstigere **Deutschlandticket für Studierende** kommt! Darauf haben sich **Bund und Länder** geeinigt. Das ist ein großer Erfolg, für den wir als **SPD-Bundestagsfraktion** seit Langem kämpfen.

Für alle **Studierende** heißt das: Ihr könnt möglichst schon ab dem kommenden **Sommersemester** das **Deutschlandticket** als **vergünstigtes Semesterticket** im **Solidarmodell** nutzen. Es soll dann **29,40 Euro** kosten, das entspricht **60 Prozent** des **Regelpreises** für das Ticket.

Das sind gute Nachrichten. Denn günstige Mobilität ist Teil unserer sozialdemokratischen Idee von Bildungsgerechtigkeit.



Neues Postgesetz! | Echte Entlastungen und mehr Klimaschutz

Mit der Novellierung des **Postgesetzes** erhalten wir die flächendeckende Versorgung, entlasten die **Postangestellten** und setzen auf **ökologische Nachhaltigkeit**.

Die tägliche **Briefzustellung** bleibt bestehen, und zukünftig werden **95% der Briefe** nach drei Tagen und **99%** nach vier Tagen zugestellt sein müssen. Das verbessert die **Arbeitsbedingungen** erheblich.

Für **Pakete ab 20 Kilogramm** gibt es neue Regelungen, darunter die **Zweimannregelung** und der Einsatz technischer Hilfsmittel. Unser Ziel: Angemessene und sichere Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten. Die Novelle des Postgesetzes soll noch in diesem Jahr vom Kabinett verabschiedet werden.



#BraunschweigInBerlin | Die Mobilität der Zukunft aus der Löwenstadt

Auf Einladung der **Stadt Braunschweig** haben wir gestern Abend in der **Landesvertretung Niedersachsen** über die Mobilität der Zukunft made in Braunschweig gesprochen.

Denn eins ist sicher: Als **forschungsintensivste Region in Europa** wollen wir dieses spannende und gleichzeitig herausfordernde Zukunftsfeld gestalten und prägen. Die Expert:innen aus unsrer Löwenstadt vom **German Aerospace Center**, der **PTB**, der **TU Braunschweig** und **Financial Servies AG** haben uns inspirierende Einblicke in Ihre Arbeit und zukunftsweisenden Projekte gegeben. So konnten wir unter anderem über neue Mobilitätsplattformen, die Transformation in der Arbeitswelt und Automatisierte Mobilitätssysteme diskutieren.

Im Anschluss sind wir zu den unterschiedlichen Themen ins Gespräch gekommen. Das hat richtig Spaß gemacht und es war toll so viele Menschen unserer **Löwenstadt in Berlin** begrüßen zu dürfen.



Gesundheitspolitische Schwerpunkte

Wortbruch | Länder lehnen Transparenz für Krankenhäuser ab

Nach konstruktiven Gesprächen zwischen Bund und Ländern **Bund-Länder-Gruppe** zur großen **Krankenhausreform** in der vergangenen Woche haben die Länder im Rahmen der Bundesratssitzung das im gemeinsamen Eckpunktepapier von 10. Juli 2023 **Krankenhaustransparenzgesetz** abgelehnt.

Das Votum im Bundesrat stellt somit einen **eklatanten Wortbruch** der **Länder** gegenüber der **Einigung** mit dem **Bund** dar, dem seinerzeit **14 Länder** zugestimmt haben. Mit diesem versorgungspolitischen **Offenbarungseid** stellen sich die Länder nicht nur gegen **Transparenz und Qualität im Krankenhaussektor**, sondern auch gegen die Interessen der **Patient:innen**.

Ferner tragen sie die alleinige Verantwortung für die Konsequenzen der im Transparenzgesetz vorgesehenen und nun fehlender **Liquiditätshilfen für Krankenhäuser in Höhe von 7,7 Mrd. Euro**.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Länder durch diese Handlungsweise schlussendlich auch die weitere Zusammenarbeit mit dem Bund bei der **Krankenhausreform** **mutwillig riskiert**, wenn nicht sogar aufgekündigt haben.



Kitto fragt Karl

Mehr als eineinhalb Stunden standen die Minister für **Gesundheit** und für **Verteidigung** den Abgeordneten im Plenum des **Bundestages** am Mittwoch Rede und Antwort.

Als Berichterstatter für die Krankenhausreform der SPD-Bundestagsfraktion besorgt mich insbesondere, welche Maßnahmen zur Sicherung der Krankenhausfinanzen geplant sind, vor allem angesichts der angespannten Haushaltslage und des Votums des Bundesrates. Auch die Situation der Energiehilfen für Krankenhäuser ist dabei von Interesse. Diese Frage richtete ich an unseren **Gesundheitsminister Karl Lauterbach**.

Er versicherte mir, dass die Energiehilfen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds für Krankenhäuser in Höhe von **insgesamt 6 Mrd. Euro** weiterhin sicher seien.

Wir haben uns seinerzeit dafür eingesetzt, dass die **Krankenhäuser** mit den **gestiegenen Energiekosten nicht alleingelassen werden**. Dafür stehen wir auch weiterhin ein. Unser Ziel ist und bleibt die Sicherung und Verbesserung der Gesundheitsversorgung!



“Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet” erhebt - wie immer - nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wenn du Fragen, Anregungen oder Kritik haben solltest, zögere bitte nicht, mich telefonisch unter Tel.: +49 531 4809 822 | Fax.: +49 531 4809 850, per Mail unter christos.pantazis@bundestag.de oder postalisch unter Wahlkreisbüro DR. PANTAZIS MdB | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig zu kontaktieren.

Herzliche Grüße

Dein

Dr. Christos "Kitto" Pantazis